allris-Nr.: PuV/0001/23

Die PARTEI & Volt

Eing.: 30.08.2023

PARTEI und Volt –Ratsgruppe
Büroleitung: Lisa Balkenhol

Hiroshimaplatz 1 – 4
37083 Göttingen,
☎0551 400 3077,
✉parteiundvolt-ratsgruppe@goettingen.de

Göttingen, 30.08.23

Antrag für die Sitzung des Rates am 15.09.2023

Unterführung an der Bürgerstraße: Die Harnröhre vom Urin befreien

Der Rat möge beschließen:

1. Die Verwaltung wird aufgefordert, die Wände der Unterführung unter der Bürgerstraße mit sogenanntem "PeeBack-Liquid", dem Speziallack "Ultra-Ever Dry" oder einem wirkungsgleichen Produkt bedecken zu lassen, sobald diese neu gestrichen wird und nach Hamburger Vorbild eine entsprechende, darauf hinweisende Beschilderung anzubringen.

2. Überdies wird die Verwaltung gebeten, eine Möglichkeit zur Einrichtung kostenneutraler öffentlicher Toiletten in der Nähe der Unterführung zur prüfen.

3. Ferner wird die Verwaltung aufgefordert, Möglichkeiten zu prüfen, um die Unterführung zukünftig mit barrierefreien Zugängen zu gestalten oder die Unterführung langfristig durch eine barriereärmere Alternative zu ersetzen.

Begründung:

1. Die Unterführung unter der Bürgerstraße wird unter Bewohner*innen der Stadt oft mit Bezeichnungen wie Pipi-Tunnel, Harnröhre oder vergleichbareren Termini bezeichnet. Das kommt zustande, weil die Unterführung häufig durch einen starken Uringeruch oder Lachen der entsprechenden Flüssigkeit auffällt. Über die Gründe dieses Ortes als oft gewählter Platz der Erleichterung lässt sich als Nicht-Wildpinkler*innen nur mutmaßen, zumal der antragstellenden Ratsgruppe zum Verfassen dieses Antrages keine geständigen Wildpinkler*innen zur Verfügung standen, die mögliche Gründe erhellend hätten verifizieren oder falsifizieren können. Die Uneinsichtigkeit der Unterführung, der Mangel an erreichbaren kostenneutralen Toiletten und das Wissen um die Gängigkeit des Notdurft-Fehltritts an diesem Ort könnten womöglich eine Rolle dabei spielen.
Daraus und aus den verbundenen Implikationen entstehen im Kontrast zur humorvollen Wortwahl dieses Antrags mehrere ernste Probleme. Einerseits ist es für die Bürger*innen der Stadt, die die Unterführung auf ihren alltäglichen Wegen durch Göttingen verwenden, eine Belastung, diesen beschämenden Zuständen ausgesetzt zu sein, wobei im Hochsommer der Geruch durch die Hitze bereits für Menschen belastend ist, die sich nur in der Nähe der Unterführung aufhalten. Schüler*innen bewegen sich auf den Wegen zu den anliegenden Schulen ebenfalls durch diese Unterführung. Dass die Sachlage auch außerordentlich unhygienisch ist, dürfte dabei klar sein. Andererseits ist es auch so, dass die entsprechenden Rückstände das Resultat eines Aktes der (vorwiegend von männlich gelesenen Personen vollzogenen) Entblößung sind. Manche FLINTA*-Personen machen einen Umweg an der Bürgerstraße, um nicht etwaig einem entblößten Genital ausgesetzt zu sein, zumal die Unterführung ohnehin als Sicherheitsrisiko wahrgenommen wird.
Eine Möglichkeit zur Teilproblemlösung bietet eine Best Practice aus dem Norden der Bundesrepublik. Im Hamburger Stadtteil St. Pauli wird seit 2015 eine spezielle Farbe an Hauswänden angebracht, um Personen daran zu hindern, an diese zu urinieren. Die Funktionsweise dieser Farbe liegt in der ausgeprägten Hydrophobie der Substanz: Ähnlich einem Lotusblüteneffekt wird ein Urinstrahl von der Farbe so intensiv abgewiesen, dass sie nicht daran herunterläuft, sondern in einem dem Eintrittswinkel verwandten Austrittswirken der urinierenden Person entgegengeworfen wird.
Es besteht die Hoffnung, dass Personen eine Verunreinigung ihrer Selbst und ihrer Kleidung mehrheitlich vermeiden wollen und sich dementsprechend entscheiden, dass die Unterführung als gewählter Platz für ihre Ausscheidungen ausscheidet.

2. Neben einer Maßnahme negativer Verstärkung durch die Angst vor Selbstbeschmutzung wäre eine Alternative zur Verrichtung der Notdurft eine Möglichkeit, den Problembestand zu reduzieren.

3. Bisher gibt es in der Unterführung nur Treppen als Zugänge, was eine oft erheblich wegverlängernde Barriere für Personen darstellt, die eben solche nicht nutzen können. Dieser Missstand sollte im Sinne einer inklusiven Stadtplanung behoben werden.

Unterschriften lagen vor